

Osnabrück Liber@l

Mitgliederinformationen aus Stadtratsfraktion und Kreisverband Osnabrück-Stadt

Osnabrücker Liberale unterstützen Christian Wulff

Von Wolfgang P. Vogt

Der FDP-Kreisverband Osnabrück-Stadt gratuliert Christian Wulff ganz herzlich zu seiner Nominierung als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten.

Als Osnabrücker freuen wir uns natürlich ganz besonders, dass der neue Bundespräsident aus unserer schönen Friedensstadt kommen wird.

Wir Freie Demokraten arbeiten seit sieben Jahren in der schwarz-gelben Koalition in Niedersachsen sehr erfolgreich mit Christian Wulff zusammen und schätzen seinen verantwortungsvollen Regierungsstil und sein bürgernahes Auftreten.

Christian Wulff ist trotz seines vergleichsweise jungen Alters in politischen und diplomatischen Angelegenheiten äußerst erfahren. Er hat insbesondere in seinen Jahren als Ministerpräsident eines der bevölkerungsreichsten deutschen Bundesländer immer wieder bewiesen, dass er mit seiner ruhigen, ausgleichenden Art auch in angespannten Situationen in der Lage ist, vermittelnd zu wirken. Er versteht sehr geschickt, Brücken zu schlagen statt Gräben aufzureißen. Gerade dies ist eine zentrale Anforderung an einen guten Bundespräsi-



Gute Zusammenarbeit seit vielen Jahren: Ministerpräsident Christian Wulff, Prof. Dr. Dr. Roland Zielke MdL, Gabriela König MdL und der Kreisvorsitzende Wolfgang Vogt (von links).

denten. Er muss Debatten anstoßen können, ohne zu spalten.

Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, einen Bundespräsidenten zu haben, der auch komplexe ökonomische Zusammenhänge erläutern kann und der in der Lage ist, einen Beitrag zur erfolgreichen Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zu leisten.

Guido Westerwelle, Angela Merkel und Horst Seehofer haben mit ihrer Entscheidung für Christian Wulff eine gute Wahl getroffen. Gleichzeitig verdienen sie Anerkennung dafür, dass sie die durch den überraschenden Rücktritt von Horst Köhler erforderlich gewordene Personaldebatte schnell und geschlossen beendet haben.

FDP-Fraktion zu Besuch in der Hermann-Nohl-Schule

Die FDP-Fraktion hat zusammen mit der Landtagsabgeordneten Gabriela König bei einem Besuch der Hermann-Nohl-Schule die Perspektiven für Förderschüler erörtert. Der Schulleiter Middeke informierte über die neuen Möglichkeiten durch den Neubau der Schule. Beindruckt zeigten sich die Liberalen von der Energiebilanz des Gebäudes, dass mehr Energie produziert als verbraucht. Auch die Einrichtung ist auf dem neuesten Stand. Die Schüler fühlen sich in diesem Umfeld sichtlich wohl. Zahlreiche Fachräume sowie getrennte grüne Pausenbereiche für die jüngeren und älteren Schüler runden das Angebot ab.

„Für die Schüler, die in ihrem privaten Umfeld oft große soziale Probleme haben, ist diese Umgebung ein Ort, an dem sie sich wohl fühlen können. Das wird sich auch auf die Lernbereitschaft positiv auswirken“, ist sich der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Herbert Staben sicher. „Ich bin beeindruckt von der modernen, gut ausgestatteten Schule. Aber auch das großzügige Umfeld mit unterschiedlichen Spiel- und Sportmöglichkeiten ist höchst attraktiv. Ich wünsche, dass wir mehr solcher Schulen für unsere Kinder anbieten könnten. Sie erziehen auch zur Wertschätzung und Pflege, anstatt wie so häufig Beschädigungen in Kauf zu nehmen“, sagt Gabriela König.



Von links nach rechts: Herbert Staben, Gabriela König MdL, Schulleiter Middeke, Maria-Theresia Sliwka, Dieter Schwarze

Wechsel im Bundestag:

Dr. Christiane Ratjen-Damerau vor neuen Herausforderungen

Schon als Kreisvorsitzende der FDP-Oldenburg und Mitglied im Landesvorstand hat sich Frau Dr. Ratjen-Damerau durch engagiertes Auftreten und fachliche Kompetenz einen Namen unter den Niedersächsischen Liberalen gemacht. Seit März ist sie nun Generalsekretärin der FDP-Niedersachsen und seit Mai Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Möglich wurde dies durch den Wechsel von Carl-Ludwig Thiele in den Vorstand der Bundesbank.

Die 56-Jährige und Mutter einer Tochter lebt mit ihrem Mann im Familiensitz in Oldenburg. Sie kennt die Details des politischen Geschehens ebenso, wie sie sich in Niedersachsen auskennt. Ratjen-Damerau, ehemals Leiterin des niedersächsischen Futtermittelkontrolldienstes, ist Landwirtschaftsdirektorin. Sie freut sich auf die besondere Herausforderung, so Ratjen-Damerau, die seit dem Wendejahr '89 FDP-Mitglied ist.



Dr. Christiane Ratjen-Damerau MdB

Thematisch kann Frau Dr. Ratjen-Damerau an vergangene Zeiten anknüpfen: als ordentliches Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss ist sie unter anderem für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit zuständig. Damit hat sie sich schon während ihrer Promotion am Fachbereich „Internationale Agrarentwicklung“ beschäftigt und konnte ihre Erfahrungen bereits in den ersten Tagen ihrer Abgeordnetentätigkeit einbringen. Ratjen-Damerau verbesserte einen Bildungsantrag dahingehend, dass ausländische Studierende einen Teil ihres Studiums auch immer im Heimatland verbringen. So wird zum einen der Wissensaustausch gefördert und zum anderen eine starke Bindung an das Heimatland forciert. Nur wenn begabte und gut ausgebildete junge Menschen wieder in ihr Heimatland gehen und dort Entwicklungs- und Aufbauarbeit leisten, können Länder sich fortentwickeln und Rückstände aufarbeiten. Hilfe zur Selbsthilfe und auch die Anerkennung als gleichwertige Partner(-länder), dass sind die neuen und vielversprechenden Wege in der liberalen Entwicklungspolitik unter der Leitung vom Bundesminister Dirk Niebel.

Diäten spiegeln Verantwortung wider



Im Jahr 2000 hat der Niedersächsische Landtag beschlossen, eine neutrale Kommission, der auch Vertreter der Gewerkschaften und des Steuerzahlerbundes angehören, zur jährlichen Überprüfung der Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigungen einzurichten. Ein Ziel war es, die Höhe der Diäten dem Ruch der Selbstbedienung so weit wie möglich zu entziehen.

Jedoch hat sich der Landtag seitdem fast nie an die Empfehlungen der Kommission gehalten. Er hat sie regelmäßig unterschritten und sogar Nullrunden festgelegt, bevor sich die Kommission überhaupt geäußert hatte. Insgesamt hat der Landtag in den letzten acht Jahren sechsmal Nullrunden beschlossen. Durch die jährliche Inflation erhielten die Abgeordneten so in den vergangenen Jahren eine immer geringere Vergütung.

Die Bezahlung der Abgeordneten soll sich nach Ansicht der unabhängigen Kommission an der Besoldungsgruppe A 16 orientieren. Tatsächlich haben mittlerweile viele Personen in Ämtern mit vergleichbarer Verantwortung, beispielsweise Schulleiter oder Bürgermeister, ein deutlich höheres Einkommen. Politische Arbeit im Landtag hat jedoch einen ähnlichen Stellenwert. Wenn das Parlament ein Abbild der Gesellschaft bleiben soll, darf das parlamentarische Engagement nicht bereits durch die Finanzierung für manche Berufsgruppen unattraktiv sein.

Die FDP-Fraktion im Landtag hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Mit Bedacht wurde das Für und Wider in einer lebhaften Debatte abgewogen. Am Ende haben wir uns wegen der genannten Gründe der Empfehlung der unabhängigen Diätenkommission teilweise angeschlossen.

Um noch größere Objektivität als bisher durch den Einsatz der unabhängigen Kommission zu erzielen, hat der Landtag weiter beschlossen, dass ab 2012 die Entwicklung der Diäten an die Entwicklung der niedersächsischen Bruttolöhne gekoppelt sein wird. In der Zukunft werden sich die Diäten also so entwickeln, wie die Löhne und Gehälter aller Niedersachsen. Die Anlehnung an die Einkommensentwicklung war uns als Fraktion besonders wichtig. Ohne unsere Zustimmung zu der eigentlichen Erhöhung hätten CDU und SPD der Indexierung nicht zugestimmt. Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst, der nie zögern würde, Bedenken gegen Gesetzesvorhaben aus juristischer Sicht zu formulieren, sah hier keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Auch viele Bürger, das zeigen zahlreiche E-Mails und Anrufe, sehen die Indexlösung als vernünftig und fair an.

Beschluss zur Unzeit



Mit seinem Beschluss, die Diäten der Landtagsabgeordneten zu erhöhen, hat der Landtag in Hannover am 08.06.2010 aufgeregte, teils empörte Reaktionen in der Bevölkerung ausgelöst. Der Beschluss, der von CDU, FDP und SPD getragen wurde, ist auch in den eigenen Reihen auf weitgehendes Unverständnis gestoßen.

Ich weiß aus unmittelbarer Anschauung bei gleich zwei Osnabrücker Landtagsabgeordneten, dass die Arbeitsbelastung der Abgeordneten immens hoch ist. Gerade in den kleineren Fraktionen ist dies in besonderem Maße zu spüren, da sie in einem großen Flächenland wie Niedersachsen riesige Regionen zu betreuen haben. Ich weiß auch, dass die Landtagsabgeordneten eine gewaltige Verantwortung zu tragen haben. Schließlich weiß ich auch, dass die Abgeordneten bereits in den vergangenen Jahren wiederholt auf Diätenerhöhungen verzichtet haben. Dies vorausgeschickt bin ich nicht der Meinung, die beschlossene Erhöhung wäre in der Höhe unangemessen. Ich habe aber ich wenig Verständnis dafür, dass sich die Abgeordneten gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine Diätenerhöhung gewähren. Sicher, die Diätenkommission hält das für angemessen. Aber nicht alles was sachlich angemessen erscheint, ist auch zu jedem Zeitpunkt politisch vertretbar.

In Zeiten, in denen die Politik den Bürgern täglich vermittelt, es müsse auf allen Ebenen gespart werden, ist mir unverständlich, warum die FDP-Fraktion nicht mit gutem Beispiel vorangeht und eine Erhöhung ablehnt. Gerade bei einer in der Sache angemessenen Erhöhung, wäre es ein gutes Signal „Seht her, wir gehen mit gutem Beispiel voran!“ Insoweit hätte man gut daran getan, dem Beispiel der Bundesminister zu folgen. Diese haben nämlich im Zusammenhang mit der Verkündung der Eckpunkte des Sparpakets der Bundesregierung auf eine bereits beschlossene Erhöhung der Ministerbezüge verzichtet.

Nachgerade absurd mutet das Argument an, dass man die Diätenerhöhung aus Respekt vor der Diätenkommission beschlossen habe. Man könne der Diätenkommission nicht schon wieder sagen: „Danke für die Mühe, aber wir lassen es lieber.“ Die richtige Fragestellung müsste hier doch lauten: „Warum leistet man sich in Zeiten, in denen eine Diätenerhöhung politisch ohnehin nicht vertretbar ist, den Luxus einer teuren Diätenkommission?“

Lesenswert

Zur Debatte um eine schwarz-gelbe Regierungskrise in Berlin kommentiert Ralph Bollmann in der TAZ „Hiergeblieben!“

Link: <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/hiergeblieben/>

Gründung einer Zweckgesellschaft zur Euro-Stabilisierung Pro und Contra



Der Deutsche Bundestag hat am 21. Mai das Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus beschlossen. Daraufhin haben die Finanzminister der Euro-Länder eine Zweckgesellschaft gegründet, die durch Gewährung von Krediten von bis zu 440 Milliarden Euro eine drohende Zahlungsunfähigkeit von Mitgliedstaaten abwehren soll. Zur Refinanzierung dieser Zweckgesellschaft erhält die EU Garantien der Euro-Mitgliedstaaten. Das maximale Garantievolumen für Deutschland beträgt anteilig 123 Milliarden Euro.

Bereits zwei Wochen vor der Entscheidung zur Stabilisierung des Euro hatte der Bundestag ein Hilfsprogramm für Griechenland verabschiedet. Mit Krediten in Höhe von 110 Milliarden Euro wollen die EU-Partner Griechenland aus der Krise helfen. Deutschland beteiligt sich mit insgesamt 22,4 Milliarden Euro über drei Jahre. Der deutsche Anteil soll in Form von Krediten der staatlichen KfW-Bank aufgebracht werden, für die der Bund die Bürgschaft übernimmt.

Die Griechenland-Krise entzog dem Euro jedoch das Vertrauen, so dass der Kurs zu anderen Währungen an Wert verlor und es zu Skepsis an den Refinanzierungsmöglichkeiten anderer EU-Staaten wie Spanien und Portugal kam.

Daraufhin hatten die Euro-Finanzminister das Maßnahmenpaket zur Euro-Rettung entwickelt, das mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen wurde. Die SPD enthielt sich, während sich die Linkspartei und die Grünen dagegen entschieden. Auch in den Reihen von CDU und FDP gab es kritische Stimmen, Enthaltungen und Ablehnung.

Dr. Lutz Knopek MdB hätte gern den Einstieg in die Transferunion verhindert und stimmte ebenso wie Frank Schäffler MdB gegen den Euro-Rettungs-Schirm, Hermann Otto Solms MdB enthielt sich. Auch in der CDU gab es abweichende Meinungen.

In unserem Kreisverband wurde das Thema ebenfalls kontrovers diskutiert. Wir haben deshalb zwei niedersächsische Bundestagsabgeordnete gebeten, uns kurz ihre Meinung darzulegen, um Ihnen einen Überblick über die Argumente zu geben. Patrick Döring MdB zum Beispiel hat für das Euro-Rettungspaket gestimmt und legt uns seine Gründe dar. Dr. Lutz Knopek MdB erläutert, warum er dem Rettungspaket nicht zustimmen konnte.



Pro – Patrick Döring MdB



Die Euro-Rettung durch einen gemeinsamen Fonds der Euro-Länder war und ist die richtige Antwort auf die Krise des Euro. Sie war allerdings nicht die Lösung der Probleme: Das zeigt der immer noch instabile, mit – allerdings deutlich gebremster Tendenz – sinkende Kurs des Euro. Das Rettungspaket hat nur den Willen der Europäer gezeigt, die gemeinsame Währung zu verteidigen – und uns damit Zeit gekauft, um die tieferen Ursachen der Krise zu beseitigen.

Die eigentliche politische Arbeit für die Rettung des Euro hat erst begonnen. Die Verhandlungen in Brüssel laufen auf Hochtouren – spätestens Anfang Herbst soll eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des EU-Präsidenten van Rompuy ein Reformprogramm vorlegen. Wichtigster Motor dieser Reformdiskussion ist die deutsche Bundesregierung. Denn wir wissen: Das Ergebnis dieser Diskussionen wird darüber entscheiden, ob der Euro und der europäische Einigungsprozess eine Zukunft haben.

Es bleibt natürlich ein Risiko – es wäre falsch, das zu leugnen. Aber: Das Risiko bei einer Ablehnung des Rettungsschirms wäre ungleich größer gewesen. Am Wochenende, als die europäischen Staatschefs die Entscheidung zur Euro-Rettung trafen, drohte bereits der Zusammenbruch des gesamten Zahlungsverkehrs. Damit wäre Europa in eine wirtschaftliche und soziale Krise unvorstellbaren Ausmaßes gestürzt. Europa musste in dieser Stunde entscheiden. Sicher, es hätte Alternativen gegeben – aber jede verantwortbare Strategie, wie zum Beispiel ein halbwegs geordneter Insolvenzprozess für die Schuldenstaaten, hätte wochenlanger Vorarbeiten bedurft. Dazu fehlte die Zeit.

Man kann bedauern, dass die drohende Gefahr nicht früher erkannt und entsprechende Maßnahmen vorbereitet wurden. Aber hinterher ist man bekanntlich immer schlauer – das gilt auch für viele Kritiker des Rettungsschirms, die kluge Alternativen erst vorschlugen, als es zu spät war.

Im Mai ging es bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag nicht darum, was man im Januar oder Februar hätte anders machen können. Für mich als Abgeordneten ging es nur um die konkrete Frage, ob ich einem unpopulären und auch ordnungspolitisch schwierigen Rettungspaket zustimmen – oder das große Risiko eines Zusammenbruchs des Euros und der Europäischen Union in Kauf nehmen wollte. In der Abwägung gab es für mich persönlich nur eine mögliche Entscheidung: Ein Ja zum Rettungsschirm. Ich respektiere die Haltung derjenigen, die sich anders entschieden haben –denke aber mit Schrecken an die Risiken, die wir eingegangen wären, hätten sie in dieser entscheidenden Stunde im Deutschen Bundestag die Mehrheit gehabt.

Contra – Dr. Lutz Knopek MdB



Das Prinzip der Haftung ist eines der konstitutiven Elemente unserer sozialen Marktwirtschaft. In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, so der große ordoliberal Ökonom Walter Eucken, bewirkt die Haftung, „dass die Disposition des Kapitals vorsichtig erfolgt. Investitionen werden umso sorgfältiger gemacht, je mehr der Verantwortliche für diese Investitionen haftet. Die Haftung wirkt insofern prophylaktisch gegen eine Verschleuderung von Kapital.“ Diesem Gedanken trägt Artikel 125 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union Rechnung, wo es heißt: „Die Union haftet nicht für Verbindlichkeiten [...] eines anderen Mitgliedsstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein.“

Mit dieser Regelung sollte sichergestellt werden, dass kein Mitgliedsstaat innerhalb der Währungsunion einen Anreiz hat, sorglos mit seinen Finanzen umzugehen und dabei gleichzeitig von der fiskalischen Solidität der anderen Staaten durch eine stabile Währung zu profitieren. Beim Griechenland-Rettungspaket wurde das Prinzip der Haftung das erste Mal verletzt. Beim Euro-Rettungspaket wurde es dann endgültig über Bord geworfen. Was als eine einmalige Ausnahme gedacht war, wurde jetzt zum neuen Prinzip erhoben. Mit der Entscheidung des Bundestages für den Euro-Schutzschirm tritt Deutschland daher den unweigerlichen Weg in eine europäische Transferunion an. Damit übernimmt Deutschland de facto die Gewährleistung der Schulden derjenigen europäischen Staaten, die über einen langen Zeitraum unsolid gewirtschaftet haben. Verantwortungslosigkeit wird somit belohnt. Die Befürworter des Euro-Rettungspaketes führen an, dass der europäische Interbankenmarkt aufgrund eines dramatischen Vertrauensverlustes in die finanzielle Solidität mehrerer europäischer Staaten und der daraus resultierenden Konsequenzen für die Bilanzen der Banken kurz vor Zusammenbruch stand und dass man deshalb eine sofortige Brandmauer habe einziehen müssen, um Staaten und Banken vor der Pleite zu retten.

Die Sicherstellung der kurzfristigen Liquidität ist jedoch gesetzliche Aufgabe der EZB und ergibt sich aus ihrer Rolle als so genannter Kreditgeber der letzten Zuflucht. Ein pauschaler Rettungsschirm war daher überflüssig und löst nicht die Kernprobleme der derzeitigen Krise: Überschuldung und fehlende Wettbewerbsfähigkeit. Während beim Griechenland-Rettungspaket nur Zeit erkaufte werden sollte, wurde mit dem Euro-Rettungsschirm der Charakter der europäischen Währungsunion fundamental verändert. Bereits 1990 hat die Europäische Kommission in ihrem vorbereitenden Bericht zur europäischen Währungsunion mit dem Titel „One Market, One Money“ das jetzt eintretende Szenario der gegenseitigen europäischen Gewährleistungen als Problem für die Stabilität des Euros bezeichnet und vor daraus resultierender Inflation gewarnt.

Endlich Verkehrssicherheit in Glane - Hartnäckigkeit der FDP hat sich ausgezahlt

Von Albert Hiebenga

Mit großer Befriedigung wurde von der Iburger Bevölkerung die Entscheidung des niedersächsischen Wirtschafts- und Verkehrsministers Jörg Bode (FDP) aufgenommen, den lang ersehnten Glaner Kreisel am Knotenpunkt der L97 / L98 (Bielefelder Straße/Ecke Laerer Straße) zu genehmigen und ausreichende Landesmittel zur Verfügung zu stellen.

Der Entscheidung des Ministers waren viele Gespräche mit kommunalen Politikern, Ortsbesichtigungen und aktenfüllender Schriftverkehr vorausgegangen. Besonders hervorzuheben ist jedoch das Engagement der Osnabrücker Landtagsabgeordneten Gabriela König (FDP), die mit fast schon penetranter Hartnäckigkeit und sehr guten Argumenten die lang ersehnte Entscheidung des liberalen Verkehrsministers Bode (ebenfalls FDP) positiv zu beeinflussen vermochte, so dass nun ein Unfallschwerpunkt in Bad Iburg entschärft werden kann.

Sehr erfreut über diese Nachricht zeigte sich auch Bad Iburgs Bürgermeister Drago Jurak, der ebenfalls an zahlreichen Gesprächen teilgenommen hatte. Jurak verwies auf die steigende Zahl von Fahrzeugen, die diese Kreuzung täglich passieren und die Einstufung des Ortes als Unfallschwerpunkt.

Der Bau des Kreisels kann kurzfristig beginnen. Herr Jurak rechnet mit dem Baubeginn noch in diesem Herbst.



Gabriela König, Drago Jurak, Birgitt Heinrich und Matthias Seestern-Pauly bei einer Ortsbesichtigung im März 2008, einer von vielen Terminen.

Kartellamts-Entscheidung zu Karmann muss noch einmal überprüft werden!“



Die wirtschaftspolitischen Sprecher von FDP- und CDU-Fraktion, Gabriela König und Ernst-August Hoppenbrock, haben Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle darum gebeten, die Karmann-Entscheidung des Bundeskar-

tellamts noch einmal zu überprüfen. Die Osnabrücker FDP-Landtagsabgeordnete Gabriela König hat Brüderle dazu einen Brief geschrieben, den Ernst-August Hoppenbrock aus Melle mit unterzeichnet hat. Beide Landtagsabgeordnete sind davon überzeugt, dass es auch bei einem Zusammenschluss von Magna und Karmann weiterhin Wettbewerb in diesem Marktsegment geben würde.

In dem Brief schreibt König, ohne den Zusammenschluss von Magna und Karmann drohe das Verschwinden der Karmann Dachsparte vom Markt. Die Wirtschaftsexperten von FDP- und CDU-Fraktion befürchten, dass aktuelle Auftraggeber abspringen und besonders qualifizierte Mitarbeiter Karmann den Rücken kehren könnten. Aber: Ohne innovative Köpfe werde Karmann auch für gegebenenfalls verbliebene Interessenten entwertet. „Das kann nicht im volkswirtschaftlichen Interesse sein“, schreibt König.

Gabriela König ist überzeugt: „Diesen Niedergang, der letztlich alle Cabriohersteller treffen würde, gilt es mit vereinten Kräften zu verhindern.“

"Die Entwicklung des Tourismus ist eine niedersächsische Erfolgsgeschichte“



Die wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Gabriela König bezeichnet die Entwicklung des Tourismus als eine niedersächsische Erfolgsgeschichte. Sie weist darauf hin, dass es bei den Übernachtungszahlen im vergangenen Jahr ein Plus von knapp zwei Prozent gegeben hat – trotz Wirtschaftskrise. „Damit liegen wir deutlich über dem Durchschnitt der anderen Bundesländer“, sagt König. „Wenn es auch im vergangenen Monat zu oft geregnet hat – der Tourismus in Niedersachsen hat eine sonnige Zukunft vor sich!“

Die positive Entwicklung hat der Wirtschaftsexpertin zufolge gleich mehrere Gründe: „Die Qualität hat sich verbessert, es gibt viel mehr Informationen durch das Internet und die unterschiedlichsten Angebote im ganzen Land. Niedersachsen bietet alles – Schlittenfahren im Harz, Radwandern im Emsland, Städtetourismus in Hannover und Strandurlaub an der Nordsee.“ Nicht nur bei deutschen sondern auch bei ausländischen Gästen werde Niedersachsen immer beliebter.

Laut König ist es wichtig, im Bereich Tourismus in den kommenden Jahren am Ball zu bleiben. Das Wirtschaftsministerium liege mit seiner Investitionsplanung genau richtig. „Wir reden von einer Branche mit 400.000 standortgebundenen Arbeitsplätzen“, sagt die wirtschaftspolitische Sprecherin, „darüber hinaus profitieren nochmals über 1.900 Arbeits- und Ausbildungsplätze in teilweise anderen Sparten.“

Prof. Dr. Dr. Zielke besucht Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht

Die Gedenkstättenarbeit in Stadt und Landkreis Osnabrück stand im Mittelpunkt des Besuches des Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Dr. Roland Zielke in den beiden Gedenkstätten. Über die Entstehung der Gedenkstätte Gestapokeller im Schloss Osnabrück informierte der Vorsitzende des Trägervereins, Georg Hörnschemeyer.

Die Bedeutung der Begegnung mit den ehemaligen Gestapo-Zellen für die pädagogische Arbeit erläuterte die Vorstandsfrau Ute Becker, die zudem das neue pädagogische Projekt der Gedenkstätte, eine Ausstellung zur Kinder- und Jugendliteratur über die Verfolgungen im Nationalsozialismus, vorstellte. Der Osnabrücker Historiker Dr. Volker Issmer brachte seine Forschungsergebnisse zu den beiden Gedenkstättenorten in die Diskussion ein und machte auf den weiteren Forschungs- und Dokumentationsbedarf aufmerksam.

Dr. Michael Gander, Geschäftsführer, und Brigitte Lenz-Gust, Vorstandsfrau, führten den interessierten Abgeordneten durch die Gedenkstätte Augustaschacht und stellten ihm die geplanten Kunstausstellungen, die internationalen Sommerlager und die in Vorbereitung befindlichen baugeschichtlichen Untersuchungen vor. In einer abschließenden Diskussion wurden mit Prof. Dr. Dr. Zielke, der auch im Stiftungsrat der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten tätig ist, die Perspektiven der Gedenkstättenarbeit besprochen.



Von links nach rechts: Dr. Volker Issmer, Brigitte Lenz-Gust, Prof. Dr. Dr. Roland Zielke, Ute Becker und Georg Hörnschemeyer. (Bildquelle: Gedenkstätte Augustaschacht)

Veranstaltung des Bezirksverbandes Osnabrück zum Thema „Einheitliches Niedersächsisches Kommunalgesetzbuch“

mit Jan-Christoph Oetjen MdL

am Dienstag, dem 22. Juni 2010 um 19.00 Uhr im Kaffeehaus Penternknapp, Osnabrücker Straße 64, 49565 Bramsche

Wir drehen Uhren nicht zurück

Die Liberalen teilen Überlegungen zur Einstellung kommunaler Reinigungskräfte eine Absage. Die FDP-Fraktion kann es nicht nachvollziehen, dass einige Politiker die Rückkehr zur Reinigung der öffentlichen Gebäuden ausschließlich mit städtischen Mitarbeitern fordern.



„Anscheinend wird völlig außer Acht gelassen, dass die Personalkosten jährlich mit über 82 Mio. € den Haushalt belasten. Hatten wir nicht gerade gemeinsam beschlossen, dass die Verwaltung in diesem Jahr 500.000 € und in den nächsten Jahren weitere 7 stellige Beträge im Personalkostenbudget einsparen muss?“ fragt Dr. Thomas Thiele, FDP-Fraktionsvorsitzender.

Thiele fragt sich auch, warum angenommen wird, dass Reinigungskräfte besser putzen würden, nur weil sie im öffentlichen Dienst beschäftigt sind.

FDP gegen Betten-Steuer

Die Liberalen haben bei der Einführung der sogenannten „Bettensteuer“ in Osnabrück sowohl rechtliche als auch wirtschaftliche Bedenken. Dazu erklärt der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Thomas Thiele: „Durch diese zusätzliche Belastung der Hotellerie wird der Tourismusstandort geschwächt. Wenn dadurch die Übernachtungspreise steigen, werden viele Gäste in das Osnabrücker Umland abwandern.“



In der Europäischen Union gab es neben Deutschland nur 4 Mitgliedsstaaten, bei denen die Umsatzsteuer für Hotels und Gastronomie gleich war.

Die 7%-Mehrwertsteuer-Regel für Hotelbetriebe wurde in der Vergangenheit auch schon von rotgrün gefordert. Beide Parteien haben sich bis vor kurzem auch auf Bundesebene für einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Hotels und Gaststätten eingesetzt. So haben noch Mitte 2009 die Grünen im Bayerischen Landtag sieben Prozent Mehrwertsteuer ‚auf Gastfreundschaft‘ gefordert, die SPD hat bereits 2006 im bayerischen Landtag einen Antrag auf Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für die Hotellerie gestellt. Auch in den „Tourismuspolitischen Leitlinien“ der SPD-Bundestagsfraktion sind entsprechende Forderungen zu finden.

„Die Standortnachteile für Osnabrück wachsen unter rotrotgrün. Neben der Umweltzone gibt es mit der Hotelabgabe einen weiteren Grund für Besucher, die Stadt Osnabrück zu meiden.“

Umweltzone: Außer Spesen nichts gewesen!

Zu Berichten, dass trotz der Einführung einer Umweltzone in Osnabrück die NOx-Werte nach wie vor über den zulässigen Grenzwerten liegen, erklärt der FDP-Kreisvorsitzende Wolfgang P. Vogt:



Diese Informationen bestätigen, was die FDP schon immer befürchtet hat. Die Einführung einer Umweltzone ist nicht viel mehr als kostspielige Symbolpolitik. Die Stadt hat nach wie vor wichtige Themen wie die Verbesserung des Verkehrsflusses durch Einführung „intelligenter“ Ampelsteuerungen nicht umgesetzt. Dies würde zu spürbar weniger Stop-and-Go im innerstädtischen Verkehr und damit zu einer drastischen Reduzierung der verkehrsbedingten Emissionen führen. Hätte die Verwaltung sich dieser FDP-Forderung nicht seit acht Jahren verweigert, könnten die Bürger in Osnabrück schon lange deutliche sauberere Luft einatmen.

Die Stadt Münster hat inzwischen den Aufbau eines modernen vernetzten Verkehrssteuerungssystems umgesetzt und positive Erfahrungen damit erreicht. Die Stadt Osnabrück ist als Oberzentrum und zum Erhalt ihrer Bildungs- und Kultureinrichtungen darauf angewiesen, dass die Erreichbarkeit gesichert und bürgerfreundlich gestaltet ist. Die Adaptive Ampelsteuerung wäre dafür ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Sven Speer Mitglied im BFA für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

In der letzten Ausgabe von Osnabrück Liberal haben wir darüber berichtet, dass drei unserer Mitglieder in Bundesfachausschüssen mitarbeiten. Tatsächlich sind es vier Mitglieder.



Sven Speer arbeitet in dem 2010 von der FDP ins Leben gerufenen Bundesfachausschuss für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften mit. In diesen Ausschuss wurde der gebürtige Osnabrücker vom Bundesverband der Jungen Liberalen als ordentliches Mitglied entsendet. Der Vorgängerorganisation des Bundesfachausschusses, der Kommission für Kirchen und Religionsgemeinschaften, gehörte er seit 2007 als ordentliches Mitglied an.

JuLis: Ja zu Studienbeiträgen, Nein zur Geschwisterregelung



Die Jungen Liberalen Osnabrück-Stadt halten die im Rahmen der Änderung des Hochschulgesetzes in Niedersachsen eingeführte Geschwisterregelung für ungerecht. Auch mit den wesentlichen Forderungen der Bildungsstreikenden sind die JuLis aus Osnabrück nicht einverstanden.

Zu dem aktuellen Bildungsstreik im Vorfeld der StuPa-Wahlen am 14. und 15. Juni in Osnabrück erklärt Dirk Moldenhauer, Kreisvorsitzender der JuLis Osnabrück-Stadt: „Wir JuLis lehnen die zentralen Forderungen der Bildungsstreikenden ab. Wer die Abschaffung der Studienbeiträge fordert, verlangt letztlich, dass die Kosten der universitären Ausbildung alleine vom Steuerzahler getragen werden sollen – das halte ich für falsch.“

Ohne Studienbeiträge kann es an den deutschen Hochschulen keine konkurrenzfähige Ausbildung geben. Im Hinblick auf die Studienbeiträge ist daher die konkrete Ausgestaltung der Beiträge von entscheidender Bedeutung. Wir Liberalen fordern hier unter anderem, dass die Hochschulen die Gebührenhöhe und Zahlungsmodalitäten autonom festlegen können sollten. Es ist nicht ersichtlich, warum in Niedersachsen unabhängig von der Hochschule und dem Studiengang 500 Euro gezahlt werden müssen. Auch eine Abschaffung des Bachelor/Master-Systems ist meines Erachtens nicht sinnvoll. Die Ziele der Bologna-Reform, den Studierenden zum Beispiel einen früheren Berufseinstieg zu ermöglichen und ihre Mobilität zu verbessern, halte ich für richtig und wichtig. Alleine bei der Umsetzung der Reform besteht noch Nachholbedarf. Wir fordern daher mehr Mitbestimmung und Flexibilität im Studienaufbau, um beispielsweise Auslandssemester besser planen zu können.“

Kritisch sehen die Jungen Liberalen auch die vom Landtag beschlossene Geschwisterregelung, nach der Studierende mit mindestens zwei Geschwistern ein Studiendarlehen zukünftig zinsfrei bekommen sollen. „Die Studienbeiträge sind eine Investition der Studierenden in ihre eigene Zukunft und werden daher anders als das BAföG unabhängig vom Einkommen der Eltern erhoben. Da ist es ungerecht, wenn nun diejenigen Studierenden bevorteilt werden sollen, die mindestens zwei Geschwister haben. Wenn es wirklich das Ziel der Landesregierung ist, mehr junge Menschen für ein Studium zu gewinnen, dann muss sie ihnen die Angst vor einer Überschuldung nehmen. Deshalb setzen sich die Jungen Liberalen für nachgelagerte Studienbeiträge ein, die erst ab Erreichen eines bestimmten Einkommens zurückgezahlt werden müssen.“ so Moldenhauer.

Dirk Joostberends neuer Vorsitzender der LHG-Osnabrück

Am 5. Juni 2010 haben die Mitglieder der Liberalen Hochschulgruppe auf der Jahreshauptversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Der bisherige Schatzmeister Dirk Joostberends ist neuer 1. Vorsitzender und löst die nicht wieder zur Wahl angetretene Cathleen Furko ab. Lina Schneemann übernimmt das Amt der 2. Vorsitzenden von Alexander Keller, der ebenfalls nicht mehr kandidierte. Kristof Kamm löst den neuen Vorsitzenden im Amt des Schatzmeisters ab. Der Vorstand dankt Cathleen Furko und Alexander Keller für die geleistete Arbeit.



Der neue Vorstand von links: Kristof Kamm, Lina Schneemann und Dirk Joostberends

„Es war ein sehr erfolgreiches Jahr für die Liberale Hochschulgruppe. Dabei sind die professionellen Wahlkämpfe für das Studierendenparlament (StuPa), der verstärkte Internetauftritt oder die sich einer immer größeren Beliebtheit erfreuenden Uni-Blutspenden zu nennen“, so Dirk Joostberends.

Persönlichkeitsentwicklung und Kommunalpolitik

Die Jungen Liberalen Osnabrück-Stadt veranstalteten am 29.05.2010 unter der Leitung des FDP-Ratsmitgliedes Herbert Staben ein Seminar über Persönlichkeitsentwicklung, Mediation und Kommunalpolitik. Nach einer spannenden und interaktiven Präsentation über die Ausgewogenheit und Bedeutung der verschiedenen Lebensbereiche, kam eine spannende Diskussion über die aktuellen Herausforderungen in der Kommunalpolitik zustande. Nach einer kurzen und selbstkritischen Analyse des „Ist“-Zustandes, steckten die Osnabrücker JuLis erste Themen für die im nächsten Jahr anstehende Kommunalwahl ab. Neben der Bildungs- und Jugendpolitik wollen sich die JuLis auf die Themen Verkehrs-, Haushalts- und Integrationspolitik konzentrieren. Wir JuLis werden uns für die Kommunalwahl ein eigenständiges junges und liberales Profil erarbeiten. Gerade für uns junge Menschen ist die Politik vor Ort sehr wichtig. Hier können wir auch am besten unsere Interessen und Ideale einbringen. Deshalb werden wir uns schon in den nächsten Sitzungen intensiv mit der Kommunalpolitik auseinandersetzen. Alle Interessierten sind wie immer herzlich dazu eingeladen, sich an den Diskussionen zu beteiligen.

Fanprojekt für Osnabrück! Union endlich auf Präventions-Kurs



Die Jungen Liberalen Osnabrück-Stadt begrüßen die Ankündigung des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann (CDU), dass in Osnabrück ein Fanprojekt eingerichtet wird. Die Einrichtung eines Fanprojektes muss jedoch in enger Abstimmung mit der Stadt, dem Verein und den Fans erfolgen und von allen Akteuren gewollt sein. Fanprojekte bieten eine vom Verein unabhängige Anlaufstelle für Fußballfans und gewährleisten die Beratung und Unterstützung der Fans durch Sozialarbeiter. Dadurch leisten bereits bestehende Fanprojekte unter anderem einen enormen Beitrag zur Gewaltprävention und unterstützen die lokale Fankultur.

Hierzu erklärt Dirk Moldenhauer, Kreisvorsitzender der JuLis aus der Hasestadt: „Ich freue mich, dass die Einrichtung eines Fanprojektes für die Fans des VfL Osnabrück nun offenbar unmittelbar bevor steht. Durch die finanzielle Unterstützung von Fanprojekten wird die Bindung der Fans an den Verein gestärkt und Fangewalt effektiv vorgebeugt. Statt ständig eine Beteiligung der Fußballvereine an den Kosten von Polizeieinsätzen bei Fußballspielen und ein Verbot von Stehplätzen in den Stadien zu verlangen, sollte die finanzielle Förderung von Fanprojekten ausgebaut werden. Die Jungen Liberalen Osnabrück-Stadt fordern seit längerer Zeit ein Primat der Prävention gegenüber der Restriktion.“

Aus Sicht der JuLis sind die Fans des VfL als friedlich und stimmungsvoll bekannt. „Dieses Image durch ein Fanprojekt zu untermauern, kann aus Sicht der JuLis nicht schaden. Hier zu sparen, wäre zu kurz gedacht. Die Investition wäre richtig“, meint Moldenhauer. Die Jungen Liberalen sehen jetzt die Stadt Osnabrück gefordert, denn Fanprojekte unterliegen einer Drittelfinanzierung durch Land, Stadt und Verein.

Hinweise der Redaktion:

Die genannten Autoren tragen die alleinige Verantwortung für die von Ihnen eingereichten Manuskripte. Ein Abdruck bedeutet nicht, dass sich Redaktion oder Kreisverband mit dem Inhalt des Artikels einverstanden erklären oder identifizieren.

Nähere Infos über Veranstaltungen aus Rat und Fraktion können Sie in der FDP-Fraktionsgeschäftsstelle erfragen: Telefon 0541 3301633, E-Mail: ratsfraktion@fdp-osnabrueck.de. Informationen zu den anderen Veranstaltungen erfragen Sie bitte in der FDP-Kreisgeschäftsstelle: Telefon 0541 22409, E-Mail: fdp@osnnet.de.

Termine:

Mittwoch, 22.06.2010, 19.00 Uhr

Veranstaltung des FDP-Bezirksverbandes Osnabrück, Penterknapp, 49565 Bramsche

24.06. bis 04.08. 2010 Sommerferien

Ortsverband Bersenbrück gegründet

Die FDP in der Samtgemeinde Bersenbrück hatte zur Gründung des FDP Ortsverbandes eingeladen. Seit 2005 ist die FDP in der Samtgemeinde Bersenbrück für die Bürger aktiv. Bei der Kommunalwahl 2006 konnten die FDPler als Liberales Aktionsbündnis Samtgemeinde Bersenbrück (LABSB) jeweils ein Mandat im Gemeinderat Ankum und im Samtgemeinderat Bersenbrück gewinnen.

Einig waren sich die FDP Mitglieder, dass sie bereits einiges erreicht haben, aber als Ortsverband der Samtgemeinde die liberale Kommunalpolitik noch weiter voranbringen werden. Es werden seit 2006 liberale Inhalte auf Kommunalebene vertreten. So setzten sich die Liberalen für die Veröffentlichung der Ausschuss- und Ratsprotokolle im Samtgemeinderat ein, positionierten sich klar gegen Projekte wie die Videoüberwachung am Ankumer Friedhof, die Jugendvertreibungsanlage „Mosquito“ am Alfsee oder auch die Einführung der Bürgerstreife in Bersenbrück. Klar positionierten sich die Liberalen ebenso in den Diskussionen zur Einheitsgemeinde. Grundsätzlich offen für Gespräche, lehnten sie die Beschlüsse und damit verbunden Ziele jedoch ab. „Bürgerrechte müssen geschützt werden und dass vor allem auch vor Ort. Wir wollen vor allem eine bürgernahe Verwaltung und Schulen“, so der neu gewählte Ortsvorsitzende der FDP Samtgemeinde Bersenbrück aus Alfhausen, Daniel Eling, abschließend zur Ganztagschlupolitik vor Ort.

Neben Eling wurde der Ankumer Ratsherr und langjährige Sprecher des LABSB, Christian Pohlmann, zum Stellv. Ortsvorsitzenden für Presse und Öffentlichkeitsarbeit gewählt. Zur Schatzmeisterin wurde die Martina Kreiling aus Ankum gewählt. Die beiden Ankumer, Cornelia Wetzlar und Christoph Meyer zu Holsten, vervollständigen das Team als Beisitzer. Der Vorstand will in den kommenden zwei Jahren weitere Mitstreiter für die liberale Sache gewinnen und sich intensiv auf die im nächsten Jahr anstehende Kommunalwahl vorbereiten. „Es ist wichtig dass, wir die Bürger von unserer guten Arbeit überzeugen können um auch in den kommenden Jahren liberale Werte in den Kommunalräten einzubringen und umzusetzen“, fasst Samtgemeinderatsherr Daniel Eling die Ziele für die nächsten Jahre zusammen.



Von links Thorsten Pohlmann, Daniel Eling, Christoph Meyer, Martina Kreiling und Cornelia Wetzlar